

RzF - 4 - zu § 26 Abs.3 FlurbG

- 1. Der Vorstandsvorsitzende einer Teilnehmergeinschaft muss im Rechtsverkehr, also auch in einem gerichtlichen Verfahren, deutlich zum Ausdruck bringen, dass er für die Teilnehmergeinschaft handelt. Er muss zumindest zum Ausdruck bringen, dass er einen Beschluss des Vorstandes, an den er gebunden ist, nachkommen will.**
- 2. Einen „Vorsitzenden“ der Teilnehmergeinschaft als eigenes Organ sieht das Gesetz nicht vor.**

VGH Hessen, Beschluss vom 24.01.2012 - 23 C 73/12.R

Aus den Gründen:

Der Antragsteller macht geltend, dass er sich nicht als Inhaber des landwirtschaftlichen Betriebes xxxxxxxx an das Gericht gewandt habe, sondern als Vorsitzender der Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung xxxxxxxx. Mit dieser Rüge kann der Antragsteller nicht durchdringen. Zum einen gibt es nach dem Flurbereinigungsgesetz keinen "Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft". Die Teilnehmergeinschaft, die gemäß § 16 FlurbG von den am Flurbereinigungsverfahren Beteiligten nach § 10 Nr. 1 FlurbG gebildet wird, verfügt als Körperschaft des öffentlichen Rechts über drei Organe, nämlich die Teilnehmerversammlung (§ 22 FlurbG), den Vorstand (§ 21 FlurbG), der die Geschäfte der Teilnehmergeinschaft führt, durch den sie also nach außen und im Verhältnis zu den einzelnen Teilnehmer handelt (s. § 25 Abs. 1 FlurbG) und den Vorstandsvorsitzenden (§ 26 Abs. 1 FlurbG), der die Teilnehmergeinschaft gerichtlich und außergerichtlich vertritt und der die Vorstandsbeschlüsse ausführt (s. § 26 Abs. 3 FlurbG). Einen "Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft" als eigenes Organ sieht das Flurbereinigungsgesetz nicht vor.

Aber auch wenn man unterstellt, der Antragsteller habe den Eilantrag vom 28.12.2011 als Vorstandsvorsitzender und damit als gerichtlicher Vertreter der Teilnehmergeinschaft stellen wollen, so muss er im Rechtsverkehr, also auch in einem gerichtlichen Verfahren, deutlich zum Ausdruck bringen, dass er für die Teilnehmergeinschaft handelt (vgl. Seehusen / Schwede, Schwantag / Wingerter, Kommentar zum Flurbereinigungsgesetz, 8. Aufl., § 26 Rn 3). Um diese Vertretung im gerichtlichen Verfahren deutlich zum Ausdruck zu bringen, hätte er die Teilnehmergeinschaft des Flurbereinigungsverfahrens von xxxxxxxx als diejenige angeben müssen, in deren Namen er handelt und sich selbst als deren (gesetzlicher) Vertreter bezeichnen müssen. Zumindest hätte er aber zum Ausdruck bringen müssen, dass er mit seinem Eilantrag beim Flurbereinigungsgericht einem Beschluss des Vorstandes, an den er gebunden ist (s. Seehusen / Schwede, Schwantag / Wingerter, a.a.O., § 26 Rn 3), gemäß § 26 Abs. 3 FlurbG nachkommen will; auch daraus hätte auf ein Handeln für die Teilnehmergeinschaft geschlossen werden können. Es hätte daher nahegelegen, einen solchen Beschluss dem Gericht zur Dokumentierung des Willens der Teilnehmergeinschaft bzw. des Vorstandes vorzulegen. Dies ist aber nicht erfolgt.

Nach der vom Antragsgegner vorgelegten Erwiderung auf die Anhörungsrüge ist gemäß der als Anlage B 1 beigelegten Stellungnahme des Amtes für Bodenmanagement xxxxxx vom 11.01.2012 vielmehr davon auszugehen, dass es einen solchen Beschluss, mit dem sich der Vorstand gegen die Informationsveranstaltung wendet, gar nicht gibt. In den Formulierungen des Schreibens des Antragstellers vom 28.12.2011 ist von einer Entscheidung des Vorstandes, beim Flurbereinigungsgericht einen Eilantrag zur Verhinderung der Informationsveranstaltung einzureichen, ebenfalls keine Rede. Vielmehr legen die maßgeblichen Wendungen wie "ich protestiere hiermit auf das Schärfste gegen das Vorgehen des Amtes für Bodenmanagement xxxxxx" und "ich bitte ich Sie nun eindringlich, die Veranstaltung ... zu untersagen" nahe, dass es um die Geltendmachung seines persönlichen Interesses, d.h. um das Interesse als Teilnehmer der hier in Rede stehenden Flurbereinigung ging, wenn auch hinter seinem Anliegen weitere einzelne betroffene Landwirte und damit wiederum einzelne Teilnehmer der Flurbereinigung gestanden haben mögen.